

Niederschrift Nr. 4 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 14.06.2007
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:47 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Grix, Helga

SPD-Fraktion

Meinen, Regina
Meyer, Elfriede
Scheffel, Enno

CDU-Fraktion

Risius, Andrea

FDP-Fraktion

Hoofdmann, Erwin

für Ralf Fooken

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Grundmandat

Schild, Walter

Fraktion DIE LINKE. Grundmandat

Koziulek, Stephan-Gerhard

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder

Grix, Wilhelm
Jacobs, Marion
Kruse, Helga

Beratende Mitglieder

Dietz, Ralf-Günter
Hartmann, Reiner
Kühl, Eckhard
Ludolph-Dawe, Karin
Ouedraogo, Abdou
Sprengelmeyer, Thomas
Wilts, Elfriede
Wittmer-Kruse, Olaf

Verwaltungsvorstand

Lutz, Martin Erster Stadtrat

von der Verwaltung

Dübbelde, Sven
Lücht, Richard
Südhoff, Annemarie
Wegener, Dieter

Niederschrift Nr. 4 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Protokollführung

Rauch, Agnes

Gast

Götze, Horst
Müller, Bärbel

SPD-Fraktion

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Grix begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 3 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.05.2007

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 3 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.05.2007 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Richtlinie zur Förderung der Jugend
Vorlage: 15/0325

Herr Kühl erklärt, diese Vorlage habe man in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses ausführlich diskutiert. Es gehe letztendlich darum, den einkommensschwachen Teilnehmern die

Niederschrift Nr. 4 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

entsprechenden Kosten für Unterkunft und Verpflegung in angemessener Höhe zu bezuschussen. Er schlägt nunmehr vor, den zu erstattenden Satz für Unterkunft und Verpflegung von jetzt 19,50 € auf max. 23,50 € zu erhöhen.

Herr Hoofdmann bemerkt, seine Fraktion sei mit der Änderung der Richtlinien zur Förderung der Jugend einverstanden und er werde der Beschlussvorlage zustimmen. Er fragt jedoch an, woher diese zusätzlichen 3.400 € genommen werde und warum die Vorlage hier im Ausschuss und nicht im Rat beschlossen werden könne.

Herr Kühl führt aus, der Jugendbereich sei haushaltstechnisch so organisiert, dass er über einen großen Deckungskreis verfüge. Dort seien alle Förderungen und Einrichtungen der Jugendarbeit beinhaltet. Er gehe nicht davon aus, dass bei einem anderen Angebot aus diesem Grunde Abstriche gemacht werden müssten.

Weiter erklärt er, das Budget 2008 werde erst zukünftig beraten und zunächst intern eingebracht und gehe durch die entsprechenden Gremien.

Beschluss: Die Anlage I der Richtlinien zur Förderung der Jugend in der Fassung vom Januar 2002 wird im Absatz 1.1 wie folgt geändert:

1.1 Für Unterkunft und Verpflegung gem. 2.2.1 der Richtlinien werden pro Tag und TeilnehmerIn **23,50 €** festgelegt.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 6 Kosten- und Pflageentwicklung im Bereich der HzE
Vorlage: 15/0326

Herr Sprengelmeyer erklärt, mit dieser Vorlage wolle er die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses informieren, wie sich die Kosten im Rahmen der Hilfen zur Erziehung in den vergangenen Jahren entwickelt hätten. Das öffentliche Interesse habe in den letzten zwei bis drei Jahren stark zugenommen. Der Fachbereich habe sich zum Ziel gesetzt, die Kosten gegenüber dem Jahresergebnis um 3 % zu senken. Darüber hinaus sei eine Kostenreduzierung von insgesamt 400.000 € erreicht worden.

Herr Sprengelmeyer erklärt die Kostenentwicklung der Hilfen zur Erziehung anhand der Anlage, die der Vorlage beigelegt ist.

Auf die Frage von **Frau Meyer** zu den großen Unterschieden antwortet **Herr Sprengelmeyer**, hier seien einerseits im letzten Jahr wesentlich mehr junge Eltern mit Kindern untergebracht worden. Andererseits seien Hilfen auch beendet oder in einen anderen Bereich verschoben worden.

Herr Schild erkundigt sich, wie man die Kostenreduzierung von 417.000 € erreicht hätte.

Herr Sprengelmeyer entgegnet, dieses sei gelungen, da die Fälle sehr gut bearbeitet und abgearbeitet worden seien. Natürlich gäbe es auch Dinge, die man nicht beeinflussen könne, wie z. B. den Todesfall in Bremen. Aufgrund der Auswirkungen sei in diesem Jahr nicht unbedingt damit zu rechnen, erneute Einsparungen zu verzeichnen.

Niederschrift Nr. 4 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Weiter erklärt er, die Fallzahlen hätten sich insgesamt anfänglich im stationären Bereich reduziert. Anfang des Jahres habe man 49 stationäre Heimunterbringungen gehabt. Hierbei müsse aber unterschieden werden zwischen Heimunterbringung und Unterbringung in Pflegefamilien. Zunächst müsse auch die richtige Hilfe ausgewählt werden, die außerdem kostenmäßig passe. In den nächsten Jugendhilfeausschuss-Sitzungen werde er über die Ergebnisse der externen Beratungen berichten und auch die Einzelbereiche des Sozialen Dienstes vorstellen.

Frau Risius bemerkt, ihre Fraktion sei erfreut, wenn über die geplante Kostenreduzierung hinaus noch weitere Kosten eingespart werden könnten. Daher sei sie mit der Entwicklung zufrieden, wenn sie auch wisse, dass seit Oktober 2006 die Kosten ansteigen würden.

Herr Wittmer-Kruse fragt an, wie es mit der Qualität der Hilfen aussehe und ob es im Fachbereich ein Benchmarking geben würde, an dem man die Qualität festmachen könne.

Herr Sprengelmeyer entgegnet, die Qualität nehme stets zu, weil sich das Jugendamt und die Fachdienste ständig weiterentwickelten. Hinsichtlich des Benchmarkings führt er aus, das Jugendamt Emden sei natürlich organisiert und arbeite wie fast alle niedersächsischen Kommunen mit in der integrierten Berichterstattung Niedersachsen. In diesem Rahmen seien Vergleichsringe gebildet worden. Die Stadt Emden sei in einem Vergleichsring mit den Städten Wilhelmshaven, Delmenhorst und Holzminden. Auf Amtsleitererebene würde die Entwicklung der verschiedenen Zahlen diskutiert werden. Auch werde versucht, die Kennzahlen zu definieren.

Bezüglich der Qualität erklärt Herr Sprengelmeyer, dieses sei sicherlich ein Bereich, der noch immer in den Kinderschuhen stecke. Dennoch werde im Fachdienst auch eine kontinuierliche Weiterentwicklung betrieben, sodass hier auch eine Qualitätszunahme zu verzeichnen sei. Die Sachbearbeiter würden zunächst versuchen, die richtige Hilfeform zu finden. Anschließend würden dann die Kosten in Einklang gebracht. Natürlich stehe auch der Inhalt im Vordergrund. Es sei eben so, dass manchmal Qualität etwas teurer aber auch haltbarer sei.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 7 Bericht über die Jugendgerichtshilfe
Vorlage: 15/0327

Frau Grix begrüßt Frau Südhoff und Herrn Wegener von der Jugendgerichtshilfe und bittet um ihren Vortrag.

Frau Südhoff und **Herr Wegener** stellen sich zunächst vor und erläutern dann anhand einer PowerPoint-Präsentation die Arbeit der Jugendgerichtshilfe. Diese Präsentation ist im Internet im Bürgerinformationssystem unter www.emden.de einzusehen.

Frau Grix bedankt sich und bemerkt, da sie selber Schöffin am Gericht sei, empfinde sie die Mitarbeit der Jugendgerichtshilfe als sehr hilfreich.

Frau Risius bedankt sich für den Bericht und fragt an, ob die Jugendgerichtshilfe mit dem Präventionsrat zusammenarbeite.

Herr Wegener entgegnet, man habe mit dem Präventionsrat natürlich Kontakt. Im nächsten Jahr werde im Jahresbericht 2007 dargestellt, welche Wege man gehen müsse, um die Jugendkriminalität in Emden zu verringern.

Niederschrift Nr. 4 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Frau Meyer bedankt sich ebenfalls und erkundigt sich, ob es auch Rückmeldungen von den jungen Menschen geben würde.

Herr Götze bemerkt, anhand der Zahlen sei es ersichtlich, dass die Jugendstraftaten in Deutschland allgemein zunehmen würden. Die Jugendstrafanstalten seien überfüllt und die Rückfallquote liege bei 80 %. Er stellt die Frage, wie es in Emden aussehe und ob es eine Erfolgsanalyse geben würde. Außerdem erkundigt er sich, was geschehe, wenn nach sechs Monaten Dauer der Maßnahme festgestellt werde, dass noch Bedarf vorhanden sei.

Herr Wegener antwortet, bezüglich der Rückmeldungen gäbe es keine Systematik. Doch man begegne vielen Jugendlichen an anderen Stellen in der Stadt wieder.

Frau Südhoff erklärt, es werde auch keine Erfolgsanalyse geführt. Dieses wäre ein Projekt, welches in Zukunft in Angriff genommen werden sollte.

Hinsichtlich der Frage nach der Rückfallquote führt sie aus, diese Gefahr sei außerordentlich groß. Denn die Jugendlichen kämen hauptsächlich nach Hameln. Dort seien auch sehr viele Leute untergebracht, die über Großstadterfahrungen verfügten. Auch sei die Angst der Jugendlichen, dort wieder zurück zu müssen, enorm groß. Fakt sei aber auch, dass einige Jugendliche diese Erfahrungen machen müssten. Bei anderen könne vorausgesagt werden, dass sie selbst bei einer vielfältigen Anzahl von Maßnahmen nicht den richtigen Weg finden werden.

Herr Wegener ergänzt, auch könne den Jugendlichen eventuell eine Rückkehr nach Hameln erspart bleiben, wenn sie an einem Antiaggressivitätstraining teilnehmen würden. Dieses sei eine Möglichkeit der Jugendgerichtshilfe, an dieser Stelle einzugreifen und die Karriere ein Stück zu beenden. Aber nicht alle Jugendlichen seien bereit, an dem Antiaggressivitätstraining mitzuarbeiten.

Frau Südhoff fügt hinzu, in Bezug auf die Dauer einer Maßnahme von sechs Monaten müsse man bedenken, dass es sich hierbei um eine sehr intensive Arbeit handle, die den Jugendlichen auch sehr nahe gehe. So sei ein halbes Jahr auch ein ganz gutes Limit.

Herr Schild fragt an, welchen Anteil die 14- bis 17-jährigen Jugendlichen und die jungen Erwachsenen bis 20 Jahren an dem Antiaggressivitätstraining hätten und wie dieses aussehen würde.

Herr Wegener entgegnet, das Antiaggressivitätstraining bestehe aus drei Phasen. Die erste Phase sei die Einstimmung auf die Regeln und auf die eingegangenen Verpflichtungen. Die zweite Phase sei eine biographische Analyse, die mit dem Jugendlichen einzeln erarbeitet werde. Der dritte Schritt sei dann die Erörterung der schlimmen Gewalttat, die sie begangen hätten.

Frau Südhoff stellt fest, bei den Jugendlichen, die noch keine 18 Jahre alt seien, seien die Verfahren nicht öffentlich und die Eltern spielten noch eine ganz andere Rolle. Bei den Leuten von 18 bis 21 Jahren erwarte den Heranwachsenden eigentlich ein ganz normales Strafverfahren. Doch es gäbe dort die Möglichkeit, ihn nach dem Jugendstrafrecht zu verurteilen. Dieses geschehe auch sehr häufig. Die Jugendgerichtshilfe nehme auch Stellung dazu, ob hier noch Jugendrecht angewendet werden könne.

Herr Götze erkundigt sich nochmals nach den Ursachen der Zunahme. Außerdem stellt er die Frage, was mit den Leuten geschehe, die über 20 Jahre alt seien.

Frau Südhoff antwortet, es habe sicherlich eine Erhöhung der Jugendkriminalität gegeben. Auch seien in früheren Jahren die Verfahren eher von der Staatsanwaltschaft mit einem oder

Niederschrift Nr. 4 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

mehreren ermahnenden Briefen eingestellt worden. Das sei jetzt nicht mehr so. Es werde heute eher reagiert, auch von der Bevölkerung her komme es schneller zu einer Anzeige.

Weiter führt sie aus, wenn Personen, die älter als 21 Jahre alt seien, eine Straftat begehen würden, seien sie dafür verantwortlich.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 8 Zwischenbericht über das Modellprojekt "Stärkung der Hauptschüler im Stadtteil Port Arthur/Transvaal"
Vorlage: 15/0328

Herr Lutz führt aus, in seiner Neujahrsrede habe der Oberbürgermeister erklärt, er wolle ein Programm für die nächsten Jahre auflegen, um die Jugendarbeit in dem Stadtteil Port Arthur/Transvaal zu verbessern. Dieser Auftrag sei an Herrn Dübbelde gegangen, der nunmehr seine Vorschläge und die nächsten Schritte darstellen werde.

Herr Dübbelde stellt sich zunächst vor und gibt anschließend anhand einer PowerPoint-Präsentation einen Zwischenbericht über das Modellprojekt „Stärkung der Hauptschüler im Stadtteil Port Arthur/Transvaal“.

Diese Präsentation ist im Internet im Bürgerinformationssystem unter www.emden.de einzusehen.

Frau Grix bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen

Herr Sprengelmeyer ergänzt, noch befinde man sich in der Zielgruppenanalyse und müsse weiter eruiieren, da dieses auch sehr stark die anschließende Handlungsempfehlung beeinflussen werde.

Frau Meyer bedankt sich für den Vortrag. Sie gehe davon aus, dass aufkommende Fragen in den Projektgruppen erarbeitet würden. Sie sei aber zuversichtlich, dass man zu einem guten Ergebnis kommen werde.

Frau Risius bedankt sich ebenfalls und bemerkt, für die CDU-Fraktion wäre es sehr wichtig, dass die Struktur der Handlungsempfehlung auch auf andere Stadtteile übertragbar sei.

Herr Dietz erkundigt sich, welche Maßnahmen jetzt konkret durch das Modellprojekt dazu gekommen seien.

Herr Ouedraogo fragt an, warum die Anzahl der Schulabgänger ohne Schulabschluss an der Cirkensaschule zurückgegangen sei, während sie im Allgemeinen angestiegen sei.

Herr Lutz erklärt, es sei die erste Aufstellung, die in der Stadt Emden gemacht worden sei. Sicherlich sei das auszuarbeitende Konzept auf andere Stadtteile übertragbar. Da jedoch in den Stadtteilen die Sozialräume aufgrund der Zusammensetzung der Bevölkerung unterschiedlich seien, könne das Konzept nicht voll übertragbar.

Weiter führt er aus, neue Projekte seien nicht beinhaltet. Es gehe darum, die Lage der Hauptschüler insgesamt zu verbessern. Denn diese Schüler hätten nach der Schulstrukturreform die größten Probleme. Jedoch bitte er um Geduld, da sich zunächst die Arbeitsgruppe treffen müsse, um Projekte vorzuschlagen und zu entwickeln.

Niederschrift Nr. 4 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN

TOP 9 Kinderfreundlichere Gestaltung der Innenstadt;
- Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 08.05.2007
Vorlage: 15/0317/1

Herr Schild erklärt, in seinem Antrag habe er den Mangel an Spielmöglichkeiten für Kinder innerhalb der Stadt kritisiert. Wenn nunmehr darüber nachgedacht werde, einen Spielplatz auf dem Stephansplatz zu errichten, dürfe man nicht vergessen, Bewegungsmöglichkeiten für Kinder dezentral aufzubauen.

Herr Sprengelmeyer führt aus, es gehe um den Bereich der Gestaltung einer kinderfreundlichen Innenstadt. Dieses Thema werde heute nicht abschließend behandelt werden können und noch oft sowohl im Jugendhilfeausschuss als auch im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt diskutiert werden. Für die Erstellung eines Gesamtkonzeptes für die Innenstadt seien verschiedene Beiträge und Entwicklungen notwendig. Der heutige Tagesordnungspunkt stelle die Sichtweise der Arbeitsgruppe „Bewegungsfreundliche Stadt“ vor, die sich im Rahmen des Netzwerkes Emders Kinder in Bewegung gebildet habe. In weiteren Sitzungen der beiden Ausschüsse werde es notwendig sein, diese Planungen dann allmählich zusammenzuführen.

Frau Müller bedankt sich für die Einladung, stellt die Arbeitsgruppe „Bewegungsfreundliche Stadt“ vor und erläutert anschließend anhand einer Bestandsaufnahme die ausgearbeiteten Ideen und Vorschläge. Diese Ausarbeitung ist als Anlage dem Protokoll beigelegt sowie im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau Grix bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr Schild ist erfreut über die tatsächlichen Alternativen und bedankt sich für die Ausarbeitung der sehr guten Vorschläge.

Herr Sprengelmeyer bemerkt, in diesem Bericht seien sehr viele Anregungen und konstruktive Ansätze enthalten, um die Innenstadt kinderfreundlicher zu gestalten. Diese müssten selbstverständlich auch in die weiteren Planungen mit einbezogen werden. Sicherlich könne nicht alles umgesetzt werden, da auch noch die stadtplanerischen und juristischen Aspekte zur berücksichtigen seien.

Frau Meyer ist der Meinung, in dem Vortrag seien viele gute Ideen vorgebracht worden, die auch schon mehrere Jahre auf dem Tisch lägen, doch bislang noch nicht umgesetzt worden seien. Sie appelliert an die Verwaltung, hier nunmehr endlich tätig zu werden.

Herr Sprengelmeyer entgegnet, seit Jahren bestünden Kontakte diesbezüglich zwischen den einzelnen Organisationseinheiten der Stadt. Doch müsse auch bedenken, dass es auch im Hinblick auf den Haushalt verschiedener Beschlüsse bedürfe, wenn man das alles umsetzen wolle. Zunächst gehe es erst einmal darum, Ideen aufzunehmen, um dann zu sehen, was letztlich davon aus realisiert werden könne.

Herr Hoofdmann erklärt, seine Fraktion begrüßt die Bildung und die Anregungen dieser Arbeitsgruppe. Wenn davon ein Teil umgesetzt werden könnte, hätte man schon viel erreicht.

Niederschrift Nr. 4 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Herr Schild appelliert an die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses, sich mit ihren Fraktionskollegen auseinander zu setzen, um den Wert dieser Sache deutlich zu machen, damit dessen Priorität sich auch in den Haushaltsmitteln niederschlägt.

Frau Müller stellt fest, die Arbeitsgruppe arbeite schon seit 2,5 Jahren zusammen, treffe sich regelmäßig und wolle auch weiterhin zusammenbleiben. Man habe die Ideen nicht nur geliefert, damit sie anschließend in der Schublade verschwinden würden. Es sei gut, zunächst einmal ein Gesamtbild vor Augen zu haben und dann schrittweise diese Punkte abzarbeiten. Ziel der Arbeitsgruppe sei es, Stück für Stück zu diesem Gesamtbild zu kommen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 10 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Sprengelmeyer weist darauf hin, dass eine zusätzliche Jugendhilfeausschuss-Sitzung am Donnerstag, 12.07.2007, im Kulturbunker Barenburg stattfinden werde.

Anmerkung der Protokollführung:

*Die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses findet bereits am **Mittwoch, 11.07.2007**, statt.*

TOP 11 Anfragen

Frau Meyer erkundigt sich, aus welchem Grunde das Jugendhaus in Petkum geschlossen sei.

Herr Kühl antwortet, das Jugendhaus in Petkum sei nicht geschlossen und stehe den Jugendlichen dienstags und donnerstags für jeweils drei Stunden zur Verfügung. Am vergangenen Donnerstag sei das Jugendhaus als erzieherische Maßnahme für die Jungen geschlossen geblieben, da diese den einmal im Monat stattfindenden Mädchentag boykottiert hätten.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.